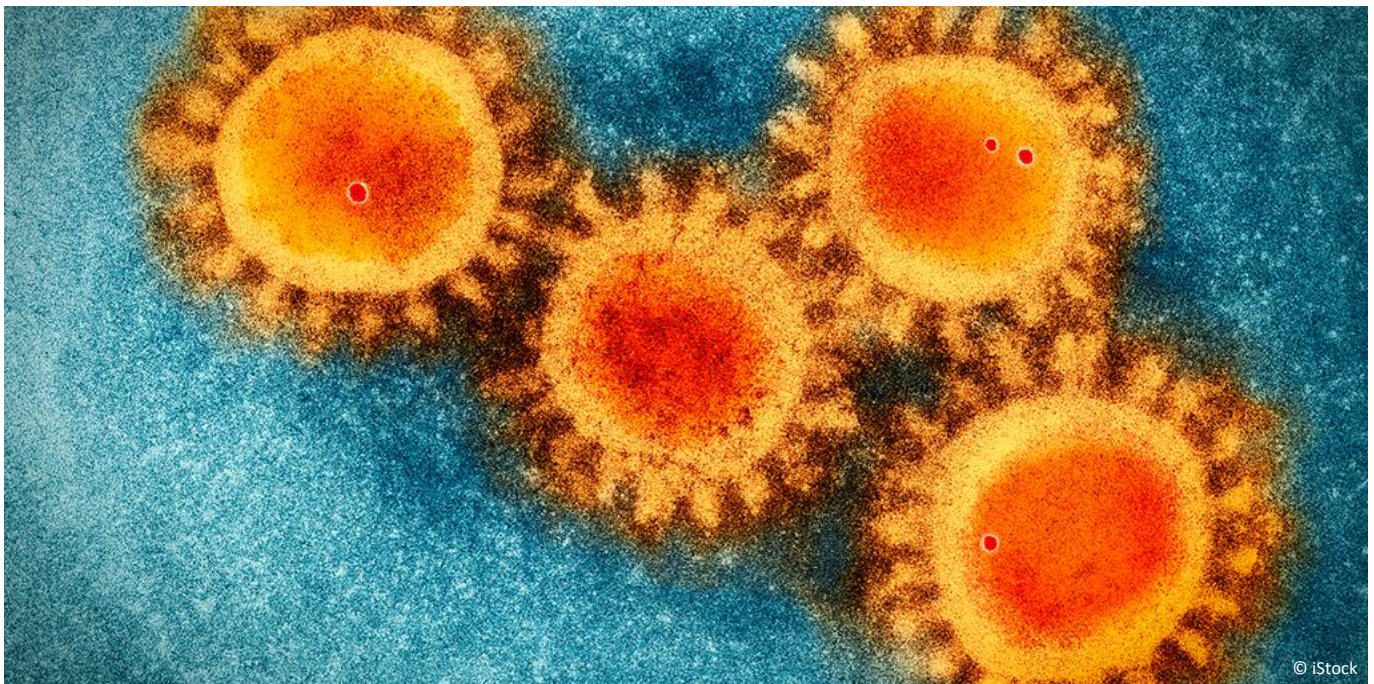


Was europäische Staaten in der Corona-Krise unternehmen

Kurzinformationen zu ausgewählten Staaten – Stand 23. April 2020



Die Corona-Krise hat enorme wirtschaftliche Auswirkungen. Für zehn europäische Länder verschafft dieses Briefing einen aktuellen Überblick über folgende Themen:


- ▶ die Entwicklung der epidemischen Lage im jeweiligen Land, die Einfluss auf eine Lockerung der bestehenden Maßnahmen hat,
- ▶ die bestehenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens und die nationalen Diskussionen über anstehende Lockerungen,
- ▶ die erwarteten wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf das Wirtschaftswachstum, die Staatsfinanzen, die Beschäftigung und die betroffenen Wirtschaftssektoren,
- ▶ die wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen und aktuellen Entwicklungen im jeweiligen Land.

Das Briefing wird erstellt für Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Rumänien, die Schweiz, Spanien und das Vereinigte Königreich.


Eine Aktualisierung erfolgt wöchentlich.

Inhaltsverzeichnis


Belgien	3
Deutschland.....	5
Frankreich.....	7
Italien.....	8
Niederlande	10
Österreich.....	11
Rumänien	12
Schweiz.....	13
Spanien.....	15
Vereinigtes Königreich (UK).....	16


BELGIEN		Stand: 23. April 2020 Recherche: Bert Van Roosebeke	
Lagebericht Gesundheit 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Behörden: Peak der Todesfälle war Mitte April. Zahl sinkt um 23% gegenüber Vorwoche. • Sterbefälle pro 100.000 Einwohner: 57 (Vorwoche: 42). Damit höher als in Spanien (46) und Italien (41). • 53% der statistisch erfassten COVID-19-Toten wohnten in Pflegeheimen. Aber darunter viele nur vermutete Fälle: Nur 5% der als COVID-19 erfassten Todesfälle in Pflegeheimen wurden positiv getestet, 95% nicht. • Anzahl neuer COVID-19-Fälle sinkt gegenüber Vorwoche um 34% (ohne Tests in Pflegeheimen). • Seit dem 15. April: Systematische Tests in Pflegeheimen. Dort: 14% positiv getestet. Unter Berücksichtigung dieser Tests bleibt die Zahl der neuen Fälle konstant im Vergleich zur Vorwoche. • Krankenhausaufnahmen sinken weiter, gegenüber Vorwoche um 29%. • Auslastung der Intensivbetten sinkt weiter auf 49% (Vorwoche 56%). • Ergebnis eines Antikörpertests unter 3.600 Blutproben: Nur 3% der Belgier immun gegen COVID-19. • Ausweitung der Tests. Alle Personen mit Husten und Fieber sollen getestet werden. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Weitgehende Einschränkungen bis 19. April wurden bis 3. Mai verlängert. Sommerfestivals und Großveranstaltungen bis Ende August untersagt. • Am 24. April: Nationaler Sicherheitsrat entscheidet über Lockerungen der Beschränkungen. Vorschlag der Expertengruppe: Ladenöffnungen ab 4. Mai; Grundschulen ab 18. Mai; Gast- und Kulturgewerbe später; Atemmasken, Abstandsregeln, Kontaktverfolgung und massive Tests. 			
Wirtschaftliche Lage 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Konsumentenvertrauen: Größter Einbruch seit Anfang der Messung. 73% der Haushalte haben Einkommensverluste < 10%, 12,5% der Haushalte haben Einkommensverluste > 10% und kaum Ersparnisse. • Stimmung unter flämischen KMU noch nie so schlecht seit 1987. • Einzelhandel: 56% der Unternehmen haben Zahlungsschwierigkeiten. • Erhebliche Verluste im Energiesektor: Aufgrund mangelnder Nachfrage negative Stromgroßhandelpreise. • 50% der Unternehmen leiden unter geringer Nachfrage; 20% unter Zulieferproblemen. • Wöchentliche Umfrage der Zentralbank unter 7.000 Unternehmen (in Klammern: Vorwochen): <ul style="list-style-type: none"> • 41% mit Liquiditätsproblemen (Vorwochen ca. 50%) • Gesamtumsatz der Unternehmen fällt um 34% (37%, 33%) • 33% der Unternehmen verschieben geplante Investitionen auf 2021, 33% auf noch später. 12,5% halten an Investitionsplänen fest. • Weniger als 10% erwarten Insolvenz (unverändert). • 22% der belgischen Arbeitnehmer derzeit „technisch arbeitslos“ (vgl. Kurzarbeit). 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Hilfsprogramm der föderalen Regierung i.H.v. ca. 57 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • “Bazooka”-Paket der föderalen Regierung (50 Mrd. €) <ul style="list-style-type: none"> • Kostenlose Stundung von Kreditraten für Unternehmen und Privatpersonen bis Ende September • Staatsgarantie für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen über 12 Monate, bei Kreditvergabe bis Ende September. Banken tragen die ersten 3% der Ausfälle, darüberhinausgehende Ausfälle werden von Banken und Staat übernommen. • Paket der föderalen Regierung i.H.v. ca. 7 Mrd. €, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> • Kurzarbeit ohne Nachweis wirtschaftlicher Nöte; Lohnfortzahlung 70% (statt bisher 65%). NEU: Kurzarbeit wird automatisch bis Ende Mai verlängert. • Einkommensersatz für Selbständige • Stundung von Mehrwertsteuer- und Unternehmenssteuervorauszahlungen bis Mitte Juli, von Körperschafts- und Einkommenssteuer (bis Ende Mai) sowie Sozialbeiträgen (1 Quartal) • NEU: Staatliche Rückversicherung für Forderungsausfallversicherungen zur Absicherung von Lieferantenkrediten. 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Hilfsprogramme der Regionalregierungen: Zuschüsse an Unternehmen und Selbständige, die ihre Geschäfte schließen mussten, Garantien für Überbrückungskredite.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • In kritischen Sektoren Erhöhung der zulässigen Überstunden auf 220 jährlich. • Einfacherer Einsatz von Studenten und Kurzarbeitern als Saisonarbeiter.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Großer Druck der Unternehmensverbände und des Einzelhandels für Lockerungen. • Diskussionen, ob die belgische Praxis, alle Tote in Pflegeheimen in der Corona-Statistik aufzunehmen, dem Ruf des Landes schadet. Behörden verteidigen ihre Zählpraxis und behaupten, die Übersterblichkeit besser abzubilden als andere Staaten. • Beratungen über Verlängerung Einkommensersatz für Selbständige bis Ende Mai. • Diskussion über Versuch einer neuen Regierungsbildung. Derzeit: Minderheitenregierung mit Vollmachten bis Juni.

DEUTSCHLAND		Stand: 23. April 2020 Recherche: Matthias Kullas	
Lagebericht Gesundheit 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Weiterer Rückgang der Neuinfektionen. • Reproduktionszahl (wie viele Menschen infiziert eine erkrankte Person?): 0,9. • Auslastung der Intensivbetten mit Beatmungsgeräten: 57%; keine Engpässe absehbar. • Anstieg der Todesfälle von 2,7% der jemals Infizierten auf 3,2%, da viele Infektionen in Alten- und Pflegeheimen. • Gesetzentwurf: deutliche Ausweitung der Testkapazitäten von z.Z. 730.000 Test pro Woche; Kassen sollen auch symptomunabhängige Tests bezahlen. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Seit 20. April: Supermärkte, Apotheken, Drogerien, Banken, Buchhandlungen, Fahrrad- und Autohändler, sonstige Geschäfte bis 800m² Verkaufsfläche dürfen öffnen (Abweichungen in einzelnen Bundesländern). • Seit 23. April: Schrittweise Öffnung von Schulen (Abweichungen in einzelnen Bundesländern). • Ab 4. Mai: Friseure dürfen öffnen. • Ab 27. Mai: Pflicht zum Tragen von Alltagsmasken in Geschäften und im öffentlichen Nahverkehr (Abweichungen in einzelnen Bundesländern). • Bis mindestens 3. Mai: Kontaktbeschränkungen und Grenzkontrollen. • Bis mindestens 31. August: Großveranstaltungen verboten. 			
Wirtschaftliche Lage 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Schätzung der Bundesregierung: BIP-Rückgang: 6,0%; Defizit: 7,25%; Schuldenquote: Anstieg von 59,8% auf 75,25%. • Schätzung der Hans-Böckler-Stiftung: 4 Mio. Arbeitnehmer in Kurzarbeit. • Einschätzung der Bundesbank: Restriktionen bleiben bestehen, bis ein Impfstoff oder Arzneimittel gegen COVID-19 gefunden wurde; daher keine rasche und starke Erholung der Wirtschaft zu erwarten. • Schätzung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands: Umsatzrückgang für die rund 223.000 Hotels und Gaststätten bis Ende April: 10 Mrd. €. • Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer: 45% der Mitgliedsunternehmen haben merkliche Auftragseinbußen oder Stornierungen, 32% gravierende. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Hilfsprogramme i.H.v. ca. 1.250 Mrd. €: • Schutzschild der Bundesregierung i.H.v. 353,3 Mrd. € und Bundesgarantien i.H.v. 819,7 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse zu Betriebskosten für kleine Unternehmen i.H.v. bis zu 50 Mrd. €. • Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Liquiditätsversorgung und Rekapitalisierung i.H.v. 100 Mrd. € für Kapitalmaßnahmen, 400 Mrd. € für Bürgschaften und 100 Mrd. € zur Refinanzierung von KfW-Programmen. • KfW: Sonderprogramme mit gelockerten Kreditkonditionen, Ausweitung der Bürgschaftsprogramme zur Liquiditätsversorgung, Programm für Schnellkredite an kleine Unternehmen. • Anpassung der Steuervorauszahlungen, Stundung von Steuerzahlungen und Aussetzung von steuerlichen Vollstreckungsmaßnahmen. NEU: Unternehmen dürfen bei absehbaren Verlusten Verlustrückträge geltend machen, um zügig Erstattungen von 2019 geleisteten Steuervorauszahlungen zu erhalten (Grenze: 15% der Steuervorauszahlungen oder 1 Mio. € pro Person). • Erleichterter Zugang zu Kurzarbeitergeld. NEU: Erhöhung des Kurzarbeitergelds auf bis zu 87% des Lohnausfalls. • Arbeitslosengeld II: vorübergehender Entfall der Vermögensprüfung. NEU: Verlängerung des Bezugszeitraums um drei Monate. • Entschädigung bei Verdienstausschlag wegen Kinderbetreuung. • Staatliche Garantien für Kreditversicherungen im Handel i.H.v. 30 Mrd. €. • Unterstützung von Krankenhäusern, die aufgrund COVID-19 höhere Kosten oder Einnahmeausfälle haben i.H.v. 2,8 Mrd. €. • Kreuzfahrtreedereien können die Tilgung von Exportkrediten für ein Jahr aussetzen. • Zusätzlich: fiskalische Maßnahmen der Bundesländer. 		


	<ul style="list-style-type: none"> • NEU: Unterstützung der Bundesländer und Krankenkassen beim Kauf von medizinischer Ausrüstung i.H.v. 7,9 Mrd. €. • NEU: Verringerung des Mehrwertsteuersatzes für Gaststätten auf 7%.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Kündigungsverbot bei Mietzahlungsverzug. • Keine Strom- oder Wassersperren bei Zahlungsverzug. • Stundung von Verbraucherdarlehen. • Regeln für Saisonarbeiter gelockert. • Unternehmen sollen, wo immer möglich, Heimarbeit einrichten. Behörden führen Kontrollen durch. • NEU: Verbindliche Corona-Arbeitsschutzregeln.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • In Planung: Berechnung des Elterngeldes nicht auf Basis von COVID-19-bedingtem Kurzarbeitergeld oder ALG I vor der Geburt • In Planung: Keine BAFÖG-Kürzung bei Einnahmen von Studenten und Auszubildenden, die bei COVID-19-Bekämpfung helfen, etwa Medizinstudenten in Krankenhäusern. • Finanzminister Olaf Scholz kündigte ein Konjunkturpaket für die Zeit nach der Krise an.


FRANKREICH		Stand: 23. April 2020 Recherche: Julien Thorel	
Lagebericht Gesundheit 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl neuer COVID-19-Fälle sinkt weiter, gegenüber Vorwoche um ca. 50%. Die Reproduktionszahl (wie viele Menschen infiziert eine erkrankte Person?) ist auf 0,5 gesunken (3,3 Mitte März). • Tägliche Todesfälle: leicht sinkend gegenüber Vorwoche; Krankenhausaufnahmen sinken seit 8 Tagen. • Intensivbetten-Auslastung seit 14 Tagen rückläufig, gegenwärtig 50%. • Anteil der COVID-19-Toten in oder aus Alten- und Pflegeheimen rückläufig: 38% (Vorwoche: 50%). 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Ab dem 11. Mai: Erste schrittweise Lockerungen: <ul style="list-style-type: none"> • Schrittweise Wiedereröffnung der Schulen zwischen 11. und 25. Mai; Universitäten bleiben bis Wintersemester 2020/21 geschlossen. • Wiedereröffnung der Restaurants voraussichtlich erst im Juni. • Home-Office weiterhin vorgeschrieben, soweit möglich. Im Großraum Paris möglicherweise bis zum Sommer aufgrund der Einschränkung der Kapazitäten der öffentlichen Verkehrsmittel auf 20%. • Wöchentliche Testkapazität wird bis 11. Mai auf 500.000 erhöht. 			
Wirtschaftliche Lage 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • 3,2 Mio. Beschäftigte krankgeschrieben, davon 600.000 COVID-19-Erkrankte seit Krisenbeginn. • Defizit der Krankenkasse: 41 Mrd.€ 2020 (Schätzung) – Vergleich: Finanzkrise 2009-2012: 28 Mrd. € • Kurzarbeit: 10,2 Millionen Arbeitnehmer (+1,5 Mio. seit 16. April) in 820.000 Unternehmen (+88.000 seit 16. April), d.h. über 50% der Beschäftigten der privaten Wirtschaft bzw. 60% der Unternehmen. • Umsatz gesamte Volkswirtschaft: -35% seit Ende März. • Konsum -33% seit Ende März. • Event-Branche: Jahresumsatzverlust 15 Mrd. € (Schätzung) wegen Großveranstaltungsverbots. • Automobilindustrie langsam wieder hochgefahren (Renault, PSA & Toyota). 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 410 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantie (300 Mrd. €) für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen (bis 25% des Jahresumsatzes) über 12 Monate, bei Kreditvergabe bis Ende September. Ursprünglich bis 31.12.2020, um 1 Jahr verlängert bis Ende 2021. • Stand 22. April: 40 Mrd. € bereits genehmigt (22 Mrd. zum 16.4.) an 251.000 Unternehmen (150.000 am 16.4.); NEU: Durchschnittshöhe der Kredite: 140.000€. • Hilfspaket der Regierung (110 Mrd. €): <ul style="list-style-type: none"> • Stundung der Steuern und Sozialabgaben um 3 Monate. • Staatsgarantie für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen über 12 Monate, bei Kreditvergabe bis Ende September. Banken tragen die ersten 3% der Ausfälle, darüberhinausgehende Ausfälle werden von Banken und Staat übernommen. • Stundung von Mehrwertsteuervorauszahlungen, Körperschaft- und Einkommensteuer (2 Monate) sowie Sozialbeiträgen (1 Quartal) – Stundung für Mehrwert- und Unternehmenssteuervorauszahlungen bis Mitte Juli verlängert. • Solidaritätsfonds für kleine und sehr kleine Unternehmen (TPE) in besonders betroffenen Sektoren (Staatlicher Zuschuss i.H.v. 1.500€) – NEU: Gesamtumfang: 7 Mrd. €; NEU: Weitere Hilfen der Regionalbehörden (Régions) bis 5.000€ für Unternehmen mit mindestens einem Beschäftigten in „extrem großen Schwierigkeiten“. • Sonstige Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung von einkommensschwachen Familien (1 Mrd. €). • Prämien-Paket i.H.v. 300 Mio. € für nicht freigestellte Beamte. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Annullierung der Sozialabgaben für die „am meisten betroffenen Sektoren“ – insb. die Tourismus-Branche – i.H.v. 750 Mio. €. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Rückgang der Personaleinstellungen um 23% im 1. Quartal (-531.000 gegenüber Vorjahr). • Hohe Insolvenzgefahr bei kleinen und sehr kleinen Unternehmen: 60% der Handwerker/Selbständige registrierten 70% Umsatzverlust in der 2. März-Hälfte. • FNAC/Darty als erster Großkonzern erhält Staatsbürgschaft für Bankkredit von 500 Mio.€. 		


ITALIEN		Stand: 23. April 2020 Recherche: Andrea de Petris und Stefano Milia 
Lagebericht Gesundheit 17. – 23. April 2020		
<ul style="list-style-type: none"> • Verdoppelung der Fallzahlen derzeit alle 22 Tage. Langsameres Wachstum der neu infizierten Patienten (+1,49% gegen +2,34% vergangener Woche). Seit 20. April sinkt die Anzahl Erkrankter. • Zunahme der durchgeführten Tests. • Krankenhausaufnahmen und Anteil der Intensivpatienten nehmen weiter ab. 		
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 17. – 23. April 2020		
<ul style="list-style-type: none"> • Bis 3. Mai: Generelle Ausgangssperre (seit 10.3.), Reiseverbot, Dienstleistungs- und Produktionstop in allen nicht „essentiellen“ Sektoren (seit 22.3.), Schulen- und Universitäten geschlossen (seit 4.3.). • Fünf-Säulen-Plan des Gesundheitsministeriums für „Phase 2“: 1) Gesichtsmasken und 1,5-m-Abstand zu anderen, 2) Unterstützung für lokale Gesundheitsteams spezialisiert auf COVID-Bekämpfung, 3) Krankenhäuser, die ausschließlich zur Bekämpfung von COVID umgebaut wurden, 4) Studien zur Durchseuchung der Bevölkerung, 5) App zur Kontaktverfolgung. • Seit 14. April: Wiedereröffnung von Schreibwarengeschäften, Buchhandlungen und Bekleidungsgeschäften für Kinder und Babys, sowie Forstwirtschaft und Holzindustrie. • Ein Ausschuss von 19 Wirtschafts- und Sozialexperten soll Maßnahmen zur Bewältigung der Notlage und zur allmählichen Erholung in den verschiedenen Bereichen der sozialen, wirtschaftlichen und produktiven Aktivitäten vorschlagen („Phase 2“). • Ein Dekret mit neuen Maßnahmen wird in den kommenden Tag erwartet. 		
Wirtschaftliche Lage 17. – 23. April 2020		
<ul style="list-style-type: none"> • Hochrechnungen für März: Gasverbrauch -15%, Stromverbrauch - 10%, Kfz-Neuzulassungen -80%. • Schätzung BIP-Rückgang 1. Halbjahr 2020: 15%. • Bis 10. April: Anträge für Kurzarbeit für 4,6 Millionen Arbeitnehmer. • Zweite Großumfrage des Industrieverbands Confindustria: <ul style="list-style-type: none"> • 97,2% der Unternehmen von COVID-19 betroffen (67,2% in der ersten Umfrage). • 26,4% der Mitarbeiter nutzen „Smart-Working-Modalitäten“, 43% arbeiten nicht. • Gegenüber März 2019 Umsatzrückgang durchschnittlich 32,6 % und Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden 32,5 %. Besonders betroffen sind Betriebe unter 10 Angestellten. • Umfrage in Gastronomie, Unterhaltung und Tourismus: Gerechnet wird mit Konkurs von 50.000 Unternehmen und Verlust von 300.000 Arbeitsplätzen. 		
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)		
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. 750 Mrd. € <ul style="list-style-type: none"> • Paket „Cura Italia“ (ca.25 Mrd. € Ausgaben und ca. 325 Mrd. Garantien), u.a.: <ul style="list-style-type: none"> • Zusätzliche Mittel für das Gesundheitssystem • Kurzarbeiterregelungen, auch für kleine Unternehmen • Stundung von Sozialbeiträgen und Steuerzahlungen • Steuergutschrift für Ausgaben für Erhöhung des Hygienestandards am Arbeitsplatz • Steuergutschrift für Einzelhandel: 60% der Miete für März • Staatsgarantien i.H.v 325 Mrd. € für Unternehmenskredite • „Decreto Liquidità“ (ca. 400 Mrd. €, angekündigt am 6.April.), u.a.: <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantie bis 200 Mrd. € für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen bei Banken 70% bis 90% je nach Größe des Unternehmens • Erhöhung des nationalen Garantiefonds für Kleine und Mittelständische Unternehmen • Ausweitung der Exportförderung • Stundung von Mehrwertsteuer, Körperschaft- und Einkommensteuer sowie Sozialbeiträgen (mindestens 2 Monate) • Arbeitnehmer: Kurzarbeit („Cassa integrazione“) <ul style="list-style-type: none"> • für maximal 9 Wochen (ab 24. Februar) • 80% des Gehalts, bis maximal 900-1.200 Euro bei 0 Arbeitsstunden • Selbstständige: Einmalzahlung € 600 für März 	
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Kündigungsverbot bei Mietzahlungsverzug • Gutscheinregelung bei Reisetornierung • Keine Verpflichtung zur Eröffnung von Insolvenzverfahren bis zum 30.6.2020 • Fristverlängerungen bei allen Zivil- und Strafverfahren bis 11. Mai 	

NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none">• Umfassende Unterstützung für den spanischen und französischen Vorschlag für einen Europäischen Recovery Fund i.H.v. 1,5 Bio €, der statt Krediten Zuschüsse vergibt und durch nicht rückzahlbare Kredite der EU finanziert wird.• Verschiebung von im Frühjahr 2020 geplanten 7 Regional- und über 1.000 Kommunalwahlen sowie des Referendums über die Herabsetzung der Zahl der Parlamentarier auf einen Sonntag zwischen dem 15.9. und dem 15.12.2020.• Es laufen Beratungen über eine Ausweitung des staatlichen Hilfsprogramms.
------------------------------------	---


NIEDERLANDE		Stand: 23. April 2020 Recherche: Bert Van Roosebeke	cep
Lagebericht Gesundheit 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl neuer COVID-19-Fälle nimmt gegenüber Vorwoche um 14% ab. • Krankenhausneuaufnahmen sinken weiter; gegenüber Vorwoche um 40%. • Die zuvor hohe Auslastung der Intensivbetten fällt stetig, liegt nun bei 50% (Vorwoche 60%). • In KW 14 und 15: Sterblichkeit 17% höher als in normalen Zeiten. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Verlängert bis 20. Mai: Weitgehende Einschränkungen. Restaurants sind geschlossen. Geschäfte dürfen öffnen, wenn der Sicherheitsabstand von 1,5 m eingehalten wird. Aufruf (keine Verpflichtung) zu Homeoffice. Verbot von Veranstaltungen verlängert bis 1. September. • Ab 11. Mai: Wegen geringer Gesundheitsgefährdung kleiner Kinder: Kindergärten und Grundschulen wieder geöffnet, allerdings darf immer nur die Hälfte der Schüler anwesend sein. Weiterführende Schulen bis mindestens 1. Juni geschlossen. Gruppensport für Minderjährige wieder erlaubt, dabei keine Abstandspflicht für Kinder unter 12 Jahren. 			
Wirtschaftliche Lage 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Konsumentenvertrauen: Größter Einbruch seit Anfang der Messung. Jahresausblick war noch nie so negativ. • Deckungsgrad der wichtigen Pensionskassen (Deckung von Verpflichtungen mit Vermögenswerten) fällt aufgrund fallender Aktienkurse und Zinsen deutlich auf unter 90%. • Kein Anstieg der Insolvenzzahlen (Stand 23. April). • Leih- und Zeitarbeitunternehmen Randstad: Umsatz März -30%. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 20 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Liquiditätshilfe für Unternehmen, etwa Übernahme Lohnkosten, Einkommensersatz für Selbständige (ca. 10 Mrd. €) • Stundung von Steuerzahlungen und Sozialabgaben für Unternehmen und Haushalte • Kurzarbeitergeld (100% des Bruttolohns). • Zusätzlich: Staatsgarantien für Bankenkredite (9,6 Mrd. €) und Lieferantenkredite (12 Mrd. €). • Mehrwertsteuerfreistellung für medizinische Leiharbeit und medizinische Hilfsmittel. • NEU: Tochterunternehmen, die bisher trotz starker Umsatzrückgänge keine Lohnsubventionen bekommen, weil der Gesamtumsatzrückgang des Mutterunternehmens zu gering ist, können sie bekommen, sofern sie 2020 keine Boni und Dividenden zahlen. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Gutscheinregelung bei Reisestornierung. • Mieter können ohne Zustimmung des Vermieters befristete Mietverträge für Wohnungen, die zwischen 1. April und 1. Juli enden, einmalig um drei Monate verlängern. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterhin Diskussionen über Ausweitung des sozialen Schutzniveaus am Arbeitsmarkt, insbesondere für Solo-Selbständige und Arbeitnehmer ohne unbefristeten Vertrag (Flexworker), die nicht immer Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. • Weiterhin erheblicher Druck auf die Regierung, das staatliche Hilfsprogramm auszuweiten. Es wird derzeit Unterstützung geprüft für: entlassene Flexworker und Saisonbetriebe. • Regierung arbeitet an 2. Runde für das staatliche Hilfsprogramm. Unternehmen, die Hilfe in Anspruch nehmen, dürfen – für längere Zeit – keine Boni zahlen oder Dividenden ausschütten. Wird geprüft: Kürzung des Kurzarbeitergeldes und Pflicht zur Fortbildung von Arbeitnehmern in Kurzarbeit. Entscheidung in der 2. Maiwoche. Opposition und Teile der Regierung wollen Bedingungen an Unternehmen für weitere Hilfe. • Viel Kritik im Parlament an der Regierungsinitiative für eine Tracking-App. • Debatte über den medizinischen Mehrwert von Mundschutz. 		


ÖSTERREICH		Stand: 23. April 2020 Recherche: Lukas Harta	
Lagebericht Gesundheit 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtzahl der aktuellen COVID-19-Erkrankungen sinkt seit 4. April, da Zahl der Genesenen Zahl der Neuerkrankungen übersteigt. Gegenüber Höchststand um zwei Drittel gesunken. • Neuerkrankungen über längere Zeit konstant auf niedrigem Niveau. Am 22. April bei 12.776 gemeldeten Tests nur 30 positive Tests. • Krankenhausaufnahmen wegen COVID-19 gegenüber Höchststand um 37% gesunken, Zahl der Intensivpatienten um 34 %. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Weitgehende Einschränkungen bis 30. April. Betreten öffentlicher Orte nur für Arbeitszwecke, Einkäufe, Arztbesuche, Betreuungszwecke oder um allein oder mit Personen, die im gemeinsamen Haushalt leben, ins Freie zu gehen (Einhaltung eines Sicherheitsabstands von 1m). Kleine Geschäfte (bis 400m²) sowie Bau- und Gartenmärkte seit 14. April wieder geöffnet. • Im beruflichen Kontext Einhaltung eines Sicherheitsabstands von 1 m oder Verwendung persönlicher Schutzausrüstung (z.B. Schutzmasken). Homeoffice empfohlen. • In allen geöffneten Geschäftsräumen sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln Mund- und Nasenschutzpflicht. • Ab 1. Mai: Erleichterungen der Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen. • Ab 1. Mai: Für Angehörige von Risikogruppen: Anspruch auf Homeoffice, angepasste Arbeitsbedingungen oder Freistellung. • Konkretisierung der Exit-Strategie. Ab 1. Mai Öffnung aller weiteren Geschäfte, Einkaufszentren und Dienstleister (pro Kunde müssen 20 m² zur Verfügung stehen, Frisöre müssen Gesichtsmaske tragen). Ab 4. Mai schrittweise Öffnung der Schulen (zunächst Abiturklassen, Rest ab 15. Mai). Ab Mitte Mai schrittweise Öffnung aller weiteren Bereiche (Gaststätten mit Sperrstunde 23h und Verpflichtung des Personals, Plexiglasmasken zu tragen) sowie (mit Beschränkungen) Zulassung von Gottesdiensten. Veranstaltungen bleiben bis mindestens Ende Juni verboten, Großveranstaltungen bis Ende August. 			
Wirtschaftliche Lage 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Schätzung des Fiskalrats: BIP-Rückgang: 4,6 %; Haushaltsdefizit: 6,6 %. • Kurzarbeit: Stand 17. April 63.189 bewilligungsfähige Anträge für 871.039 Stellen (+45% zur Vorwoche) sowie 15.663 Anträge mit fehlenden Daten. • Umfrage des Kreditschutzverbands: ca. 25% haben Geldreserven für maximal 4 Wochen, ca. 50% für 3–6 Monate, ca. 25% für über 6 Monate. • Kein Flugbetrieb von Austrian Airlines bis mindestens 17. Mai. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm des Bundes i.H.v. 43 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantie für Notbetriebmittelkredite bis maximal drei Monatsumsätze oder 120 Mio. €; Garantie von 100% bis 500.000 €, darüber 90% • Garantien und Zuschüsse zur Deckung des Liquiditätsbedarfs von Unternehmen • Zuschüsse für Unternehmen, die während der Corona-Krise Umsatzverluste von zumindest 40% erlitten haben • Erleichterungen bei Kurzarbeit: beschleunigte Antragstellung, Möglichkeit arbeitsfreier Zeiten während des Kurzarbeitszeitraums, größere Kostenübernahme durch das Arbeitsmarktservice. Anhebung der Mittel für Kurzarbeit von ursprünglich 400 Mio. (zuletzt 3 Mrd.) auf 5 Mrd. €. • Herabsetzung von Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen bis auf Null. • Staatliche Bürgschaft für Kredite für Exportbetriebe. • NEU: Einrichtung eines Familienhärtefonds für in Österreich lebende Familien, die am 28. Februar für mindestens ein Kind Familienbeihilfe bezogen. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Kündigungsverbot bei Mietzahlungsverzug, Aufschiebung von Räumungen. • Stundung von Verbraucherkrediten bei COVID-19-bedingten Einkommensausfällen. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Überlegungen, Staatshilfen an Austrian Airlines an Klimaschutzmaßnahmen zu koppeln. • Finanzminister fordert, EU-Beihilfenregeln auszusetzen. • Überlegungen, im Sommer für Urlauber u.a. aus Deutschland Grenzen zu öffnen. 		

RUMÄNIEN		Stand: 23 April 2020 Recherche: Lavinia Petrache	
Lagebericht Gesundheit 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Peak an COVID-19-Patienten wird zwischen 1. und 5. Mai erwartet. • Anzahl neuer COVID-19-Fälle ungefähr konstant seit 17. April, Zunahme im Wochenvergleich um 21%. • Zahl der Patienten, die Intensivbehandlung brauchen, bleibt konstant. • Mehrere mobile Krankenhäuser wurden gebaut. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Weitgehende Einschränkungen bis 15. Mai. Wohnung darf nur für Arbeit, Einkäufe, Arztbesuche, Sport oder Landwirtschaft verlassen werden. Schulen, alle Restaurants sowie die meisten Geschäfte sind geschlossen. Elektrogeschäfte und Optiker sind inzwischen wieder geöffnet. • Erst nach dem 15. Mai: Exit-Strategie und schrittweise Lockerung der Ausgangsbeschränkungen. 			
Wirtschaftliche Lage 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Etwa ein Drittel der Arbeitnehmer in der Automobilindustrie arbeiten wieder. • Geschätzter Wertschöpfungsrückgang 2020 in ausgewählten Branchen: <ul style="list-style-type: none"> • Industrie: 17% • Einzelhandel: 10% • Transport: 40% • Gastgewerbe: 80%. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 6 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Davon 810 Mio. € aus EU-Fonds und 1 Mrd. € der Internationalen Bank für Wiederaufbau. • Hilfe für KMU <ul style="list-style-type: none"> • staatlich garantierte Kredite für Investitionen oder Beschaffung von Betriebsmitteln • Staat übernimmt Kreditzinsen (161 Mio. €) • Stundung von Steuerschulden • Aufschub der Zahlungen für Strom, Gas, Wasser, Telefon, Internet und Miete. • 75% Lohnfortzahlung bei betriebsbedingter Arbeitslosigkeit; Diskussion, ob betriebsbedingte Arbeitslosigkeit auch im öffentlichen Dienst angemeldet werden darf. • Bezahlte Arbeitsfreistellung für Eltern während Schulschließung. • Zuschüsse für Arbeitgeber, wenn sie Arbeitssuchende einstellen. • NEU: Selbständige, Freiberufler und Mitglieder von Genossenschaften dürfen betriebsbedingte Arbeitslosigkeit anmelden. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • 6-monatiges Exportverbot (auch in anderen EU-Staaten) für medizinische Geräte, Sanitärartikel und Medikamente zur Behandlung von COVID-19. Ausnahme für Handelsverträge. • NEU: Exportverbot für Getreide in Nicht-EU-Staaten wurde aufgehoben. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Aktionsplan des Bildungsministeriums zur Wiederaufnahme des Schulunterrichts im Onlineformat. Online-Präsenz soll kontrolliert werden. 		

SCHWEIZ		Stand: 23. April 2020 Recherche: Philipp Eckhardt	
Lagebericht Gesundheit 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Deutliche Entspannung seit Anfang April. Gegenüber Vorwoche: Neue COVID-19-Fälle -38%, Patienten im Krankenhaus -20%; Patienten auf Intensivstationen -24%; Patienten unter Beatmung: -27,5%. • Derzeit kein Kapazitätsengpass: 2/3 der Betten für COVID-19-Patienten nicht belegt. • Ab 27. April: Auch nicht dringende Eingriffe werden wieder durchgeführt. • Sterblichkeit bei > 65-Jährigen liegt seit 22. März deutlich über der oberen Grenze des statistisch zu erwartenden Werts; zwischen 5.-12. April jedoch Rückgang der Übersterblichkeit. • Schutzmasken reichen aus: derzeit 20 Mio., bis Ende April ca. 100 Mio. • Lockerung der Testkriterien: Tests künftig bei Symptomen einer akuten Atemwegserkrankung (z. B. Husten) mit oder ohne Fieber, Fiebergefühl oder Muskelschmerzen und/oder plötzlich auftretendem Verlust des Geruchs- oder Geschmackssinns. • Verzicht auf Maskentragpflicht. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Schrittweise Lockerung der Ausgangsbeschränkungen unter Einhaltung von Schutz- und Hygienemaßnahmen. Ab 27. April: Öffnung u.a. von Friseuren, Gartencentern und Baumärkten; ab 11. Mai: Öffnung der Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) und des Einzelhandels; ab 8. Juni: Öffnung von Mittel-, Berufs- und Hochschulen. • Ab 8. Juni: möglicherweise Öffnung der Gastronomie. • Gültig noch bis 10. Mai: Treffen von mehr als fünf Personen in der Öffentlichkeit bleiben verboten. Bei Treffen von fünf oder weniger Personen bußgeldbewährte 2-m-Abstandspflicht. 			
Wirtschaftliche Lage 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Neue SECO-Schätzung 2020: BIP-Rückgang: 6,7%, Arbeitslosigkeit steigt von 2,3% auf 3,9%. • Bis Mitte April: ca. 1,7 Mio. Anträge für Kurzarbeit = mehr als 30% aller Erwerbstätigen. • SECO-Schätzung 2020: Umsatzrückgang in Gastgewerbe und bei Bergbahnen von 25 bis 35%. • Ausgleichskassen haben (Stand 19. April) ca. 150.000 Anträge auf Erwerbsersatzentschädigung erhalten, zeitnah 100.000 mehr erwartet. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<p>Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. 60 Mrd. CHF:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Für Bankkredite bis zu 10% des Umsatzes oder maximal 20 Mio. CHF greift eine Staatsgarantie von 100% für Kredite bis 0,5 Mio. CHF; 85% Staatsgarantie für Kredite über 0,5 Mio. CHF (Garantieprogramm 40 Mrd. CHF). • Zahlungsaufschub für Sozialversicherungsbeiträge. • Keine Verzugszinsen bei Streckung von Zahlungen u.a. bei der Mehrwertsteuer, Zöllen und sonstigen Verbrauchssteuern. • Ausweitung der Kurzarbeit u.a. auf befristet oder temporär beschäftigte Personen, Personen in einem Lehrverhältnis, Leiharbeiter. • Entschädigungsleistungen bei Erwerbsausfällen für Selbständige: bei Schulschließungen, ärztlich verordneter Quarantäne, Schließung eines selbstständig geführten Betriebes; NEU: Selbständige, die ihren Betrieb am 27. April bzw. 11. Mai wieder öffnen dürfen, und deren Anspruch auf Entschädigungsleistung dann entfallen würde, können Leistungen dennoch noch bis 16. Mai erhalten. • Entschädigungsleistungen bei Erwerbsausfällen für Angestellte: bei Schulschließungen und ärztlich verordneter Quarantäne. NEU: Erwerbsersatz künftig auch für Eltern, die Kinder unter 20 Jahren „mit Beeinträchtigungen“ betreuen müssen. • 280 Mio. CHF Hilfen für Kulturbetriebe und 100 Mio. CHF für „Sportorganisationen“: 50 Mio. Breitensport, 50 Mio. professioneller Sport. • Zur Konkursvermeidung vorübergehend keine Pflicht zur Überschuldungsanzeige. Möglichkeit von befristeten Stundungen, insbesondere für KMU. • NEU: Ausweitung der Ansprüche auf Erwerbsersatz auf Selbständige, die nur indirekt vom Corona-Lockdown betroffen sind, z. B. Taxifahrer. • NEU: Absenkung der Rundfunkgebühren pro Haushalt und Jahr von 365 auf 335 CHF, Öffentlicher Rundfunk erhält 50 Mio. CHF. • NEU: Hilfen für innovative Start-ups durch Bürgschaften. 		

Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none">• Deaktivierung des antizyklischen Kapitalpuffers, d.h. Aufhebung der Pflicht für Banken, in Krisenzeiten zusätzliche Eigenmittel bei Hypothekarkrediten vorzuhalten.• Kündigung bei Wohn- und Geschäftsmieten erst nach 90 statt 30 Tagen Mietrückstand.• Mehr Kompetenzen für den Bund bei der Versorgung mit medizinischen Gütern.• Aussetzung von Zöllen für medizinische Güter.• Regelung für Lehrabschlussprüfungen: Prüfungen der praktischen Arbeit finden statt, schulische Prüfungen nicht.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none">• Bundesrat will Schutzmaterial, Tests und Medikamente für 2,24 Mrd. CHF erwerben.• Diskussion über Lohnverzicht in kantonaler Verwaltung wegen Unterbeschäftigung.• Bundesamt für Gesundheit: Ab 11. Mai soll Corona-Tracking-App zur Verfügung stehen.• Mehrtägige außerordentliche Sitzung des Schweizer Parlaments ab dem 4. Mai, Thema u.a. Notkredite zur Bekämpfung der Corona-Pandemie.

SPANIEN		Stand: 23. April 2020 Recherche: Martin Menner	
Lagebericht Gesundheit 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Peak an COVID-19-Patienten vermutlich überschritten. • Verdoppelung der Fallzahlen derzeit alle 21 Tage, mit steigender Tendenz. Ausweitung der Tests von 25.000 auf 100.000 Tests pro Tag führte zu keiner Erhöhung der Fallzahlen. • Mehr Krankenhausentlassungen als -aufnahmen wegen COVID-19 in 11 der 17 Autonomen Regionen. In den anderen Regionen: Anstieg verlangsamt. Auslastung der Intensivbetten sinkt. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Wohnung darf nur allein (!) für Arbeitszwecke, Einkäufe oder Arztbesuche verlassen werden, oder um Hunde auszuführen. Kinder dürfen die Wohnung nicht verlassen. Schulen, Restaurants, Freizeiteinrichtungen, Hotels sowie die meisten Geschäfte sind geschlossen. Geschäfte für den täglichen Bedarf und Apotheken sind geöffnet. • Unter Beachtung der erforderlichen Hygienemaßnahmen ist Arbeit in allen Sektoren erlaubt, wobei Heimarbeit empfohlen bleibt. • Ab dem 27. April: Wenn von einem Erwachsenen begleitet, dürfen Kinder unter 14 Jahren die Wohnung zu Spaziergängen und Einkäufen verlassen. • Ab dem 9. Mai: Schrittweise Aufhebung der Beschränkungen, sobald die WHO-Empfehlungen erfüllt sind, zunächst in den Gebieten, in denen sich COVID-19 weniger stark ausgebreitet hat. 			
Wirtschaftliche Lage 17.–23. April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Schätzung der spanischen Zentralbank 2020: BIP-Rückgang: 6,6–13,6%; Defizit: 7–11%; Verschuldungsquote steigt von 95,5% auf 110–120%; Arbeitslosigkeit steigt von 14,4% auf 18,3%–21,7%. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. 117 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Kredit-/Liquiditätshilfen durch Bürgschaften und Garantien (100 Mrd. €) • Sozialabgaben bei ERTE: 0% für Unternehmen bis 50 Beschäftigte, sonst 25% • Zuschuss für befristet Beschäftigte, Haushaltshilfen und Selbständige • Stundung von Sozialabgaben für Selbständige und von Steuerschulden für KMU • Stundung von Hypotheken und Konsumentenkrediten bis zu 3 Monaten. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Temporäres Verbot von betriebsbedingten Kündigungen. • Temporäres Verbot von Wohnungsräumungen und Stromabschaltungen. • Verbot feindlicher Übernahmen von außerhalb der EU. • Recht auf Arbeitszeitverkürzung (bis 100%) zur Betreuung von Angehörigen. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Ab 27. April: 90.000 Personen werden landesweit für repräsentative Studie getestet. • Seat testet seine 15.000 Mitarbeiter vor schrittweisem Produktionsstart am 27. April. • Renault nimmt Produktion am 29. April wieder auf. • Geldleistungen für Einkommensschwache für 3 Monate geplant. • Konjunkturprogramme erst für das Ende des Shutdown geplant. 		

VEREINIGTES KÖNIGREICH (UK) Stand: 23. April 2020 Recherche: Patrick Stockebrandt 	
Lagebericht Gesundheit 17.–23. April 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Regierung geht davon aus, dass der Peak zurzeit durchlaufen wird. • Anzahl neuer labor-bestätigter COVID-19-Fälle gegenüber Vorwoche konstant. • Anzahl der COVID-19-Patienten im Krankenhaus relativ stabil, allerdings: erhebliche regionale Unterschiede. • Verdoppelung der Fallzahlen derzeit alle 13 Tage. • Ausweitung der COVID-19-Tests u.a. auf Mitarbeiter der Polizei, Feuerwehr und Justiz. Jedoch praktische Probleme, u.a. da Prüfstandorte i.d.R. außerhalb der Stadtzentren liegen. 	
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 17.–23. April 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Bis 7. Mai verlängert: Weitgehende Einschränkungen, Schulen geschlossen. • Zeitplan für Lockerungen innerhalb der Regierung umstritten. Expertenausschuss („SAGE“) soll sich kommende Woche zu Auswirkungen unterschiedlicher Exit-Strategien äußern. 	
Wirtschaftliche Lage 17.–23. April 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Wöchentliche Umfrage der British Chambers of Commerce: <ul style="list-style-type: none"> • Freistellung von Mitarbeitern („furlough“): in 71% der Unternehmen (Vorwoche 66%), in 30% Freistellung von 75–100% der Belegschaft (Vorwoche 31%). 28% haben keine Mitarbeiter freigestellt. • Barreserven: 59% der Unternehmen für nur 1–3 Monate (36%). • Staatliche Übernahme von Löhnen: Innerhalb von 40 Stunden nach Freischaltung Anträge von 309.000 Unternehmen für 2,2 Millionen Arbeitnehmer; Gesamtvolumen 2,6 Mrd. £ (Stand 21. April). • Erstes Versicherungsunternehmen erstattet Kfz-Versicherungsbeiträge teilweise zurück (25 £ / Kfz). 	
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)	
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Hilfsprogramme i.H.v. 380 Mrd. £: <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantien für Kredite größerer Unternehmen sowie für KMU (330 Mrd. £). • Verschiebung der Mehrwertsteuerzahlungen der Unternehmen auf Ende Juni (30 Mrd. £). • Für Unternehmen im Einzelhandel, Gastgewerbe und Freizeitsektor: <ul style="list-style-type: none"> • Erlass der Steuer auf für geschäftlich genutzte Immobilien („business rates“) für das Steuerjahr 2020/21. • direkte Zuwendung von bis zu 25.000 £ für Unternehmen mit einem steuerpflichtigen Wert („rateable value“) von 15.000 – 51.000 £. • Für Kleinstbetriebe: Zuschuss bis zu 10.000 £. • Programm zur Erhaltung von Arbeitsplätzen („furlough“) (ohne Limit): <ul style="list-style-type: none"> • Freistellung von Arbeitnehmern, Arbeitsverhältnisse bleiben bestehen. • Staatliche Übernahme von 80% des Lohns bis zu 2.500 £ / Monat. • Ab 1. März. NEU: Verlängerung der Laufzeit um einen Monat bis Ende Juni. • NEU: Online-Portal zur Beantragung und Abwicklung seit 20. April verfügbar. • Die Zentralbank stellt der Regierung seit 9. April unbegrenzt Mittel zu Verfügung. Das Finanzministerium sagt zu, alle Beträge noch vor Jahresende zurückzuzahlen. • NEU: Unterstützung der Kommunalverwaltungen (3,2 Mrd. £). • NEU: Zweiteiliges staatliches Hilfsprogramm „zum Schutz innovativer Unternehmen“ angekündigt (1 Mrd. £), bestehend aus: <ul style="list-style-type: none"> • „Future Fund“ (250 Mio. £): Darlehen i.H.v. 125.000 bis 5 Mio. £, vorbehaltlich einer gleich hohen Ko-Finanzierung durch private Investoren; Laufzeit: Mai bis September. • Zuschüsse & Darlehen durch „Innovate UK“ (750 Mio. £): gezielte Unterstützung für die FuE-intensivsten kleinen und mittleren Unternehmen.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Automatische Verlängerung um 1 Jahr von Visa ausländischer Ärzte, Krankenpfleger und Sanitäter, deren Visa vor dem 1. Oktober 2020 auslaufen.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Außenminister Dominic Raab führt weiterhin die Amtsgeschäfte. • Oppositionsabgeordnete fordern Grundeinkommen zur Eindämmung der COVID-19-Folgen – Höhe und Dauer soll die Regierung bestimmen. Diskutiert als Anschlussmöglichkeit an das bisher zeitlich begrenzte Programm zur Erhaltung von Arbeitsplätzen („furlough“). • Britisches Parlament nutzt nun „virtuelles Parlament“ (vorerst bis 12. Mai): 50 Abgeordnete im Plenarsaal, 120 weitere werden per Videokonferenz dazugeschaltet.